

## KANN EUROPA ÜBERLEBEN?

Noch vor einiger Zeit wäre die Frage, "ob Europa überleben kann", also ob das Projekt der europäischen Integration, das nach dem Zweiten Weltkrieg begonnen wurde, weitergeführt werden kann, zu Recht als absurd abgetan worden. Immerhin haben zunächst der Europarat, dann die EWG und nunmehr die EU unserem Kontinent zwei Generationen lang Frieden und Wohlstand gebracht. Und Europa wurde ein Aushängeschild für Menschenrechte.

Betrachtet man aber einzelne Wesenselemente, die heute "Europa" ausmachen, dann muss man wohl feststellen, dass einiges von dem, was man früher als unumstößlich erachtet hätte, ins Wanken geraten ist: das gilt für das Friedensprojekt genauso wie für den Euro; für die inkohärente Migrationspolitik ebenso wie für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). So ist es kein Wunder, dass in einzelnen Ländern jene Gruppen, die "Europa" ablehnen, immer stärker werden, was zusätzliche Probleme schafft.

Nach zwei Generationen **Frieden** in Europa konnte man sagen, dass Kriege auf unseren Kontinent undenkbar geworden sind. Tatsächlich haben sich die Legitimation, die Ziele und die Mittel der Außenpolitik der europäischen Staaten untereinander grundsätzlich geändert. War Außenpolitik, gestützt auf Realpolitik, Staatsräson und Krieg, 1000 Jahre lang Machtpolitik, so wurde nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa "die Logik des Krieges" durch eine "Logik der Werte und des Wohlstands" ersetzt. Die Wohlfahrt der Bürger, nicht mehr die Erhöhung der Macht des Staates, wurde das Ziel auch der Außenpolitik. In den USA hat dieses Umdenken nicht stattgefunden. Nach dem Sieg im Kalten Krieg wollten die USA diese "einmalige Gelegenheit" ("unipolar moment") ausnützen, um ihre Macht auch in Europa auszudehnen. Tatsächlich gelang es ihnen seither, ihre Einflussphäre über zusätzlich 1,5 Millionen km<sup>2</sup> und 150 Millionen Menschen auszudehnen. Aber: die Ost-Erweiterung der NATO brachte Machtpolitik und damit Instabilität und Unsicherheit zurück auf unseren Kontinent. Russland wurde dadurch gedemütigt; und manche Länder wie Georgien vor zehn Jahren oder die Ukraine heute glauben, sie gehören nur dann zum Westen, wenn sie

sich Russland gegenüber aggressiv verhalten. Eine gefährliche Situation, die durch die ständig neuen Sanktionen, die von den USA verhängt werden, weiter verschärft wird.

Auch der **Euro** wurde lange als Erfolgsgeschichte betrachtet. Tatsächlich hat er Preisvergleiche transparenter gemacht; schon dadurch den Handel gefördert; und so manchen Sturm auf den Finanzmärkten überlebt. Nur: der Euro ist eine politische Währung. Nach der deutschen Einigung hat man geglaubt, durch eine Währungsunion Deutschland besser in das europäische Gefüge einbinden zu können. Dabei hat man offensichtlich die Dynamik der deutschen Wirtschaft unterschätzt. Deutschland ist noch mächtiger geworden und andere Länder sind nicht wettbewerbsfähig genug, um mithalten zu können. Wie soll das auch gehen? Die Franzosen üben sich am liebsten in der "Weltrevolution"; aber irgendwelche Änderungen im Lande, die Frankreich wettbewerbsfähiger machen könnten, darf es nicht geben. Und die Italiener haben keine Lira mehr, die sie ständig abwerten konnten, um mithalten zu können. Mit dem Euro wollte man die Stabilität der D- Mark auf Europa übertragen. Es ist wohl das Gegenteil eingetreten.

Im Bereich der **Migration** sind jene einmal in Dublin getroffenen Vereinbarungen total zusammengebrochen. Vereinbart wurde damals, dass jenes Land, in dem die Migranten zuerst ankommen, für diese verantwortlich ist; das waren also vor allem Spanien, Italien und Griechenland. Aber seit der Massenmigration im Jahre 2015 erwiesen sich diese Bestimmungen als nicht mehr durchführbar. Insbesondere blieb das Grundproblem ungelöst: man hat, sowie beim Euro, nationale Souveränität aufgegeben, aber keine europäische Souveränität geschaffen. Unter solchen Rahmenbedingungen ist eine zielführende Politik nicht möglich.

So versucht man, wie etwa mit dem Schlagwort von der "**Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik**" (GASP), Kompetenz vorzutäuschen. Aber formelle Begriffe sind kein Ersatz für eine inhaltliche Politik. Tatsächlich verfolgt in Europa jedes Land, insbesondere bei wesentlichen Fragen, seine eigene Außenpolitik: Großbritannien unterstützte 2003 den Irakkrieg; Deutschland und Frankreich waren dagegen; Frankreich verfolgt seine eigenen Interessen in Afrika; und selbst in den

außenpolitischen Leitlinien der Niederlande kann man lesen: die Außenpolitik hat nationalen Interessen zu dienen.

Angesichts dieser grundsätzlich ungelösten Probleme ist es wohl kaum überraschend, dass in verschiedenen Ländern immer mehr Menschen große Skepsis gegenüber "Brüssel" zeigen. Man verweist gerne auf die "Rechtspopulisten" und übersieht dabei, dass es auch auf der linken Seite des politischen Spektrums viele Euroskeptiker gibt; ja dass diese zusammengenommen oft an die 50 % der Bevölkerung ausmachen. Im kommenden Europa- Wahlkampf wäre es daher wohl angebracht, sich auf einige grundsätzliche Fragen zu konzentrieren, um das "Projekt Europa" wieder auf Schiene zu bringen.

(\*) Dr. Wendelin Ettmayer; Botschafter a.D.; Autor im Bereich Internationale Beziehungen;  
[www.wendelinettmayer.at](http://www.wendelinettmayer.at)